

Informationen

zur Wirtschaftsentwicklung
und Lage der Arbeiterklasse

16. APR. 1974

Universität Berlin
BIBLIOTHEK-II

Nr. 2/1973 Juni

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/Main, Liebigstr. 6
Verfasser: Dipl.-Volkswirt Gerhard Bessau
Abschlußtermin dieses Berichts: 15. Mai 1973 – Nachdruck auszugsweise nur mit Quellenangabe gestattet.
Erscheinen in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH., 6 Frankfurt/M., Glauburgstr. 66, Postf. 180372; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 20,— DM (einschl. Zustellgebühr) enthalten. Erscheinungsweise vierteljährl. im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 1,50 DM, Jahresabonnement 7,— (einschl. Zustellgebühr).
Druck: Plambeck & Co., 235 Neumünster

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Ob Stagnation mit Inflation oder inflationärer Boom: Die breite Mehrheit der abhängig Beschäftigten in der BRD unterliegt durch Lohndruck, Teuerung und progressiv ansteigender Steuerbelastung in dreifacher Hinsicht einer massierten Ausbeutung durch die „konzentrierte Aktion“ von Staat und privaten Unternehmen.

Für 1973 wird selbst vom Sachverständigenrat eine Gewinnexplosion vorausgesagt, die für eine Reihe großer Konzerne Zuwachsraten zwischen + 20 und + 50 Prozent erbringen dürfte; der Sachverständigenrat nimmt im Durchschnitt eine Nettosteigerung von + 17 Prozent an, allein im 2. Hj. von fast + 25 Prozent!

Dagegen sollen die Nettolöhne und -gehälter höchstens um + 9 Prozent zunehmen.

Die Profitmaximierung setzt eine in der BRD bislang unerreichte Inflation in Gang. Ein Anstieg der Preise für die private Lebenshaltung um + 10 Prozent zum Jahresende erscheint nicht mehr ausgeschlossen, nachdem die Nahrungsmittel aufgrund der EWG-Agrarbeschlüsse nochmals eine kräftige Verteuerung erfahren werden.

Darüber hinaus finanziert die Lohnsteuerprogression zu einem Viertel das gesamte Steueraufkommen der öffentlichen Hand (1973 über 61 Mrd. DM), wobei jedoch eine staatliche Ausgabenpolitik betrieben wird, die – besonders nach dem „Stabilisierungsprogramm“ der Bundesregierung vom 9. Mai d. J. – sich jeder spürbaren Infrastrukturreform enthält. Eine Umverteilung der Einkommen über den

Staat findet nurmehr – zwar indirekt – zugunsten der privaten Unternehmen statt.

Hierbei geht es darum, den Investitionsprozeß unbeeinträchtigt von staatlicher Konkurrenz in Bewegung zu halten. Investitionssteuer und Aussetzung der degressiven Abschreibung haben lediglich einen optischen Sinn, da die Steuer größtenteils überwälzt wird, die progressive Abschreibung für die vor dem 9. Mai begonnenen oder bestellten Investitionen weiterläuft.

Der Investitionsboom (1973 reale Zunahme mindestens + 8 Prozent) findet mit der Exportoffensive (1. Vj. d. J. Überschuß von rd. 6 Mrd. DM) seinen Niederschlag in der Ausweitung der Geldmenge (1. Vj. 1973/4. Vj. 1972 + 17 Prozent), der wirklichen Quelle der Inflation.

Länger wirkende Stabilität der Einkommen, Preise und Arbeitsplätze kann nur von einer Lohnpolitik ausgehen, welche die sichtbaren wie unsichtbaren Profitraten herunterzudrücken bestrebt ist. Nach Lage der derzeitigen Verhältnisse wäre vorerst von zu erkämpfenden Erhöhungen der Masseneinkommen um das Doppelte der Inflationsrate auszugehen, um wenigstens eine Reduzierung der Reallöhne und -gehälter zu verhindern. Letzten Endes ist die krisenhafte Übersteigerung der Konjunktur aber nur durch einen Gewinndruck von der Lohnseite her abzubauen, um die schrankenlose Kapazitätsausdehnung, die Ursache späterer Krisen, einzudämmen. Hierin liegt auch der wesentliche Beitrag zur Realisierung der DGB-Zielprojektion, die von 1973–1977 eine jährliche Reallohnsteigerung von + 4,5 bis 5 Prozent für notwendig erachtet hat.

INHALT:

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Sozialprodukt
- 1.2 Industrieproduktion
- 1.3 Außenwirtschaft
- 1.4 Investitionen
- 1.5 Beschäftigung
- 1.6 Umsatz je Beschäftigtem

2 Unternehmergevinne

- 2.1 Bruttogewinne
- 2.2 Nettogewinne

3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Bruttolöhne und -gehälter
- 3.2 Steuern und Abgaben
- 3.3 Nettolöhne und -gehälter
- 3.4 Preise
- 3.5 Realeinkommensentwicklung
- 3.6 Arbeitszeit
- 3.7 Frauenlöhne, -gehälter

4 Einkommens- und Vermögensverteilung

- 4.1 Einkommensverteilung
- 4.2 Vermögensverteilung
- 4.3 Staatliche Umverteilung

5 Zusammenfassung

- Statistische Begriffe
- und Abkürzungen

1.1 Sozialprodukt

Die rasche boomartige Ausweitung des BRD-Sozialprodukts wird getragen von einer noch rascheren Inflation; sie ist daher krisenbestimmt. Ungezügelte Profitmaximierung der großen nationalen und multinationalen Konzerne vor allem der Export- und Investitionsgüterindustrie verhindern jeden Versuch, den Preisauftrieb mit „marktwirtschaftlichen Mitteln“ auch nur zu verlangsamen.

Doch das marktwirtschaftliche Argument hat eine bestimmte wirtschaftspolitische Funktion: Unter Hinweis auf den als Nachfrage getarnten Geldüberhang wird die Bereinigung der Krise auf Kosten der Lohn- und Gehaltsabhängigen durchzusetzen versucht.

Das Gutachten der Arbeitsgemeinschaft wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute vom April d. J. sowie das Sondergutachten des Sachverständigenrates vom 9. Mai liegen auf dieser Linie und dienen – im Hinblick auf den empfohlenen Maßnahmekatalog – letztlich den Unternehmerinteressen. Ungeachtet der – auch von der Arbeitsgemeinschaft angesprochenen – Ursachen der Inflation wird in den Vorschlägen zu ihrer Behebung am Dogma des Lohndrucks festgehalten.

Hinsichtlich der Ursachen stellt die Arbeitsgemeinschaft ganz richtig fest: der Aufschwung entfalte sich von der Auslandsnachfrage, um über die Zunahme der Produktion auf die Investitionsneigung überzugreifen, was zur Erweiterung der Kapazitäten führe. (Gutachten, S. 8, 10)

Zum Jahresende wird aufgrund dessen vom Sachverständigenrat eine Zunahme des realen BSP um + 7 Prozent gegenüber 1972, des nominalen um + 14 Prozent, mithin eine Preiskomponente von + 7 Prozent erwartet. Nach dem Tempo der Inflation dürfte damit lediglich eine untere Grenze der Versteuerung umrissen worden sein.

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1971	1972	1973
	In %	geg. d. Vorj.	
BIP, real	+ 2,6	+ 3,0	+ 7,0
Erwerbstätige	- 0,1	- 0,8	+ 0,5
Produktivität	+ 3,7	+ 4,6	+ 6,0
Anlageinvestitionen	+ 12,2	+ 5,0	+ 15
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (ohne Staat)	+ 2,9	+ 8,0	+ 17
Übertragungen Staat an Unternehmen	+ 1,4	+ 16,1	+ 17,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	+ 10,5	+ 9,1	+ 9
Abschreibungen	+ 13,8	+ 9,5	+ 10,5
BSP, nominal	+ 10,7	+ 9,2	+ 14
Preisniveau des BSP	+ 7,7	+ 6,1	+ 7

(Quelle: Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute, Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1973, Kiel, 12. 4. 1973; Sachverständigenrat, Sondergutachten, S. 3, 9. 5. 1973)

Der Sachverständigenrat wie die Institute erwarten überdies einen erheblich gesteigerten Exportüberschuss. Dieser sowie die daraus folgenden Investitionen schlagen sich in einer übermäßigen Ausdehnung der Geld- und Kreditvolumen nieder, zusammen mit den Dollarzuflüssen im Februar/März d. J. die effektiven Quellen der Inflation:

- Zunahme der Bargeld- und Sichteinlagenbestände im März 1973 gegenüber März 1972 + 13,7 %
- Anstieg des Geldvolumens im 1. Vj. 1973 gegenüber dem 4. Vj. 1972 + 16,7 %
- Kreditausweitung an inländische Nichtbanken im März 1973 + 7,9 Mrd. DM davon an Unternehmen und Private + 6,9 Mrd. DM (Handelsblatt, 30. 4. 1973)

Erneut übertreffen damit die monetären Impulse das volkswirtschaftliche Produktionsergebnis. Diese Impulse gehen jedoch nicht von Löhnen und Gehältern aus, sondern sind Ausdruck kurzfristig angestrebter Profitsteigerung.

Daß diese Ausweitung der, künstliche Nachfrage schaffenden, Kreditmassen gerade von Großunternehmen verursacht und beschleunigt wird, konstatiert selbst die Bundesbank mit Sorge. Sie forderte die Banken auf, „unechte“ Kreditwünsche von Großunternehmen nicht zu erfüllen, weil hierauf ein „Handel mit Krediten“ außerhalb des Bankensystems beruht. Damit werde die stabilitätsorientierte Politik der Kreditverknappung durchkreuzt. (FAZ, 4. 4. 1973)

Die horrende Geldvermögensbildung der Unternehmen (s. Kzf. 4.1), ihre monopolistische Preis-Profit-Strategie auf der Basis des hektischen Ausbaus von Überkapazitäten werden auch das neue Stabilitätsprogramm der Bundesregierung – wie das vom Mai 1971 – wirkungslos machen.

Dieses Programm enthält überdies Elemente, die es ins Gegen teil verkehren könnten; denn erneut besteht die Gefahr einer Überwälzung der Investitionssteuer von 11 Prozent auf die Preise, wie es schon 1971/72 nach Einführung des gleichen Instruments teilweise zu beobachten war.

Daß die Aussetzung der degressiven Abschreibung keinen spürbaren Rückgang der Investitionen erzwingen wird, resultiert aus der zeitlichen Begrenzung dieser Maßnahme auf ein Jahr. Zudem dürften die für 1973 geplanten Investitionen bis auf geringe Ausnahmen bereits in Auftrag gegeben worden sein; was vor dem 9. Mai jedoch geordert wurde, kann weiterhin degressiv abgeschrieben werden.

Die Stabilitätsabgabe für höhere Einkommen (rd. 4,6 Mrd. DM) verschließt die Quellen der Inflation ebenfalls nicht, da die Einkommen mit den Kartell- und Monopolpreisen nichts zu tun haben. Außerdem belastet sie höher verdienende Lohnabhängige und Mittelschichten unverhältnismäßig stärker als Kapitalgesellschaften. Letztere sollen nur 1 Mrd. DM aufbringen, während 500 000 Lohnabhängige und 300 000 andere Steuerzahler die restlichen 3,6 Mrd. DM zu tragen haben. Schließlich wird der von den Maßnahmen der Bundesregierung überhaupt nicht betroffene Export den Geldüberhang so hoch schrauben, daß dieser die „Stabilitätsabgabe“ ohnehin überkompensiert.

Greifbare Stabilitätsfolgen lägen in einer aktiven gewirtschaftlichen Lohnpolitik mit dem Ziel, die sichtbaren wie unsichtbaren Profitraten herunterzudrücken. Das wäre der Hebel, auf den tatsächlichen Inflationsmotor dämpfend einzuwirken. (s. Kzf. 3.1)

Die 1973 zu erwartende Ausweitung des BSP (nominal 14, real 7 Prozent) mit einer mindestens 7prozentigen Preiskomponente ist Folge der Exportexpansion; darauf beruht das immense Investitionstempo. Beides bewirkt den Geldüberhang, nicht Löhne und Gehälter. Bargeld- und Sichteinlagenbestände März 1973/März 1972 + 13,7, Geldvolumen 1. Vj. 1973/4. Vj. 1972 + 16,7 Prozent, Kreditausweitung März 1973 + 7,9 Mrd. davon an Unternehmen + 6,9 Mrd. DM. Das „Stabilitätsprogramm“ der Regierung enthält wirkungslose und widersprüchliche Elemente: Bei der 11prozentigen Investitionssteuer besteht Überwälzungsgefahr, die degressive Abschreibung betrifft nicht mehr das laufende Investitionsprogramm, die „Stabilitätsabgabe“ verhindert nicht die Monopolpreisbildung. Zudem werden die Exporte nicht erfaßt.

1.2 Industrieproduktion

Zwar ist die Zunahme der gesamten industriellen Nettoproduktion im 1. Vj. 1973 – vergleichbar zum Vorjahrsquartal mit + 8,2 Prozent immer noch recht hoch, nahm indes um - 1 Prozent gegenüber dem 4. Vj. 1972 (+ 9,2 Prozent) ab.

Veränderung der industriellen Nettoproduktion gegenüber dem Vorjahr in Prozent

1971							
2. VJ.	3. VJ.	4. VJ.	1. VJ.	2. VJ.	3. VJ.	4. VJ.	1. VJ.
+ 2,1	+ 0,8	- 0,0	+ 1,1	+ 2,3	+ 2,1	+ 9,8	+ 8,2

(Quelle: INFO 1/1973, S. 3; BMWI Tagesnachrichten, 8. 5. 1973; Wirtschaft u. Statistik, 4/1973, S. 188*)

Der monatliche Verlauf im ersten Quartal d. J. war sehr unterschiedlich; das Spitzenresultat wurde im Februar mit + 12,2 Prozent gegenüber Februar 1972 erzielt.

Veränderung des Nettoproduktionsindexes von Januar bis März 1972 (gesamte Industrie)

	Nettoproduktionsindex (1962 = 100)		Veränd. geg. d. Vorj. I. %
	1972	1973	
Januar	152,2	162,3	- 0,9 + 6,6
Februar	158,3	177,6	- 0,3 + 12,2
März	166,2	177	+ 4,9 + 6,5

(Quelle: Monatsberichte d. Dt. Bundesbank, 4/1973, S. 65*; BMWI Tagesnachrichten, 8. 5. 1973)

Alle drei wichtigen Industriesparten waren am Spitzenausstoß im Februar beteiligt; die stärksten Ausstoßraten meldeten aber die Grundstoff- und Produktionsgüter- (+ 15,9 Prozent) sowie die Investitionsgüterindustrie (+ 12,6 Prozent im Vorjahrsvergleich). Der Verbrauchsgütersektor hing mit + 11,2 Prozent ziemlich zurück, noch auffallender allerdings im Januar mit + 1,2 und März mit + 4,7 Prozent; in beiden Monaten sorgten die kapitalintensivsten Zweige für einen relativ hohen Gesamtausstoß:

Nettoproduktionsindex (1962 = 100)

	Investitionsgüterind.		Verbrauchsgüterind.		Grundstoff- u. Prod.-güterind.	
	1972	1973	1972	1973	1972	1973
Januar	149,5	157,1	154,6	156,5	167,5	189,6
Februar	156,8	176,6	157,7	176,7	178,4	206,7
März	163,8	175	165,3	173	189,5	208

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	+ 6,2	+ 5,1	+ 3,8	+ 1,2	+ 1,3	+ 13,2
Januar	- 6,2	+ 5,1	+ 3,8	+ 1,2	+ 1,3	+ 13,2
Februar	- 3,3	+ 12,6	+ 4,4	+ 11,7	- 0,6	+ 15,9
März	+ 1,4	+ 7,0	+ 9,4	+ 4,7	+ 5,2	+ 9,8

(Quelle: Monatsberichte d. Dt. Bundesbank, 4/1973, S. 65*; BMWI Tagesnachrichten, 8. 5. 1973)

Die Differenzierung zwischen den verschiedenen Industriesparten verdeutlicht, daß die boomartige Produktionsausweitung in der gegenwärtigen Konjunkturphase nicht mehr auf einer zunehmenden Erhöhung des Verbrauchsgüterangebots aus einheimischer Produktion beruht. Dies spiegelt mit großer Wahrscheinlichkeit die zurückgehende Realeinkommensentwicklung wider, was sich im Grunde schon im 4. Vj. 1972 abzeichnete, als – mit Ausnahme des chronisch strukturschwachen Kohlenbergbaus – auf die Textil- und Ernährungsindustrie mit + 5,4 bzw. + 2,9 Prozent die geringsten Zuwachsraten entsprechend der folgenden Aufstellung entfielen. Die stärker am Export beteiligten Zweige hingegen verzeichneten relativ hohe Produktionsziffern, wie etwa die Eisenschaffende Ind. mit + 23,5, der Straßenfahrzeugbau mit + 17,8, die Elektrotechn. Ind. mit + 16,4 oder die Chemische Ind. mit + 10,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Freilich waren an der gegen Jahresende einsetzenden Belebung der industriellen Fertigung überhaupt mehr oder weniger stark alle Sparten vertreten, bei der Textil- und Ernährungsindustrie wohl vorwiegend saisonbedingt.

Nettoproduktionsindex (1962 = 100) wichtiger Industriezweige

	1972, 3. VJ.		1972, 4. VJ.	Veränd. I. %	geg. dem 3. VJ. 1972
					4. VJ. 1971
Industrie, insg.	152,4	180,0	+ 18,1	+ 9,2	
Kohlenbergbau	71,1	79,2	+ 11,9	- 9,1	
Eisenschaff. Ind.	140,7	144,3	+ 2,6	+ 23,5	
Chemische Ind.	254,1	275,8	+ 8,5	+ 10,7	
Maschinenbau	119,0	144,0	+ 21,0	+ 4,8	
Straßenfahrzeuge	151,7	196,4	+ 29,5	+ 17,8	
Elektrotechn. Ind.	178,6				

Infolgedessen erweist sich einmal mehr das Abschwächungskonzept der Bundesregierung als illusorisch. Ende März, ein Monat nach Veröffentlichung des Jahreswirtschaftsberichts, wurde erneut das Mißlingen der postulierten „außenwirtschaftlichen Absicherung“ klar: im 1. Vj. 1973 wurde ein Exportüberschuß von fast 6 Mrd. DM erzielt gleich + 31 Prozent im Vergleich zum Vorjahrsquartal!

Handels- und Kapitalbilanzsaldo der BRD (in Mrd. DM) Januar bis März 1972

	Handelsbilanz	Kapitalbilanz (+ Kapitalimport)	darunter:	Langfrist. Kapitalverkehr	Kurzfrist. Kapitalverkehr
	+ 4,5	+ 5,9			
	- 2,6	+ 6,4			
	+ 4,8	+ 0,4			
	- 7,4	+ 6,0			

(Quelle: Monatsberichte d. Dt. Bundesbank, 4/1973, S. 70*; BMWI Tagesnachrichten, 15. 5. 1973)

Der Handelsbilanzsaldo resultiert aus Exporten in Höhe von 41,7 Mrd. gegenüber Importen von 35,9 Mrd. DM. Die Währungsreserven stiegen im März d. J. um + 6,4 Mrd. auf 87,1 Mrd. DM an, das waren ca. + 38 Prozent gegenüber März 1972. (Monatsberichte d. Dt. Bundesbank, 4/1973, S. 74*)

Der permanent anschwellende Exportsgang verdichtet sich zusehends – sofern keine rasche und dauerhafte Lösung des Dollarproblems erreicht wird – zur abermaligen Währungskrise. Daran ändert auch nichts das „Blockfloating“ von sieben EWG-Ländern. Denn trotz des vereinbarten laufenden Saldenausgleichs der Blockländer untereinander in Gemeinschaftswährungen anstelle von Dollars ist vorgesehen, daß am Ende der Verrechnungsperiode die Überschüßländer erneut Dollars aufnehmen müssen. Hierzu dürfte hauptsächlich die BRD betroffen sein.

Wie die Februar-März-Krise sichtbar machte, ist trotz Kapitalverkehrskontrollen und 100prozentigem Bardepot ein spekulativer Dollarzufluß nur abzuwehren, wenn auch Depositenkonten für Dollars gesperrt werden. Das war nicht geschehen, was die Krise dann verlängerte.

Volkswirtschaftlich sinnvoller – nicht zuletzt auch infolge ihrer wachsenden unkontrollierbaren Machtfülle aufgrund einer systematischen Konzentrationspolitik – wäre allerdings die Verstaatlichung des Großbankensektors. Damit würde zugleich das während der letzten Währungskrise oft geäußerte Problem einer wirksamen Überwachung der Kapitalverkehrsströme zwischen dem In- und Ausland einer effektiven Lösung zugeführt, zumal die „marktwirtschaftliche Ordnung“ auf diesem Felde sowieso nicht mehr besteht.

Daß eine nochmalige Dollarschwemme für die BRD nicht auszuschließen ist, geht aus dem Drängen der USA-Regierung hervor, die D-Mark weiter aufzuwerten.

Die marktwirtschaftliche Ideologie sieht in Wechselkursanpassungen immer noch ein Mittel der Konjunkturpolitik. In Wirklichkeit verhält es sich anders: trotz der Aufwertung der D-Mark um ca. 6 Prozent ist das Volumen des Imports weder an das des Exports herangekommen, noch sind die Preise der Einfuhrgüter stabil geblieben: im März d. J. lag der Index der Einfuhrpreise um + 11,6 Prozent höher als im gleichen Vorjahresmonat!

Das bedeutet: jede Neigung zu D-Mark-Aufwertungen ist durch die davon begleitete Spekulation ein Inflationsfaktor unabhängig von der laufenden Geldentwertung durch den Exportüberhang.

Die Arbeitsgemeinschaft wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute fordert als Beitrag zur Preisdämpfung eine Angebotserhöhung aus dem Ausland. Bleibt es jedoch bei der regionalen Außenhandelsstruktur, d. h. bei ihrer immensen Verflechtung mit den kapitalistischen Industrieländern, ist allein dadurch das Ziel aufgrund der weltweiten Inflation nicht erreichbar.

Erforderlich ist eine planvolle, gegen die Monopolinteressen gerichtete Neuorientierung des BRD-Außenhandels unter gleichwertiger Berücksichtigung der preisstabilen sozialistischen sowie der unter internationalem Preisdruck stehenden Rohstoffländer.

BRD-Außenhandel nach Regionen (in Mrd. DM)

	Ausfuhr		Einfuhr		Saldo	
	1971	1972	1971	1972	1971	1972
Alle Länder	136	149	120	129	+ 16	+ 20
Kapitalist.						
Industrieländer	107	116	92	99	+ 14	+ 17
EWG	63	70	62	69	+ 1	+ 1
EFTA	22	24	11	11	+ 11	+ 13
USA	13	14	12	11	+ 1	+ 3
„Entwicklungs-länder“	23	25	23	24	+ 1	+ 1
Sozialist. Länder	6	8	5	5	+ 1	+ 2

(Quelle: Monatsberichte d. Dt. Bundesbank, 4/1973, S. 71*)

Auf die sog. Entwicklungs- wie auf die sozialistischen Länder entfielen 1972 ca. 29 Mrd. DM an Einfuhr, gegen ca. 99 Mrd. auf kapitalistische Industrieländer, mithin kaum 23 Prozent der Gesamteinfuhr; die sozialistischen Länder allein waren nur mit knapp 4 Prozent beteiligt. 1971 lagen die Anteile noch bei über 23 bzw. über 4 Prozent.

Exportüberschuß im 1. Vj. 1973/1. Vj. 1972 + 31 Prozent = rd. 6 Mrd. DM; Kapitalbilanz + 6,4 Mrd., davon kurzfristige Zuflüsse (Dollarspekulation) + 6,0 Mrd. DM; Nettowährungsreserven insgesamt ca. 87 Mrd. DM, Zugang im März 1973 + 6,4 Mrd. Index der Einfuhrpreise März 1973/März 1972 + 11,6 Prozent trotz DM-Aufwertung von ca. 6 Prozent. Gesamteinfuhr 1972 129 Mrd., davon sozialistische Länder 5 Mrd. DM = 4 Prozent, aus „Entwicklungs ländern“ 24 Mrd., dagegen aus kapitalistischen Industrieländern 99 Mrd. DM.

1.4 Investitionen

Zwei sich einander bedingende Faktoren treiben z. Z. das Investitionsvolumen der BRD in die Höhe: der Nachfragesog aus dem kapitalistischen Ausland und die Inflation.

Der mit den Bestelleingängen verbundene Rekordanstieg des Auslandsgeschäfts bringt um so schnelleren Profit, je kurzfristiger geliefert werden kann: Rationalisierung und Kapazitätserweiterung als Voraussetzung expansiver Produktion bewirken so den unversehens heftigen Boom im Investitionsgüterbereich. Nach dem ifo Konjunkturtest (ifo Schneldienst 18/1973, S. 3) wurden die Geschäftsaussichten für die nächsten sechs Monate wesentlich günstiger beurteilt als im Vormonat; im Vergleich zu den Vorjahren dürfte der Preisanstieg recht kräftig bleiben.

Der Faktor Inflation verstärkt zusätzlich die Investitionseignung; wird nicht sofort investiert, muß später mit noch höheren Preisen gerechnet werden. Dieser Effekt birgt jedoch das wachsende Risiko unauslastbarer Kapazitäten in sich.

Die Aussetzung der degressiven Abschreibung für die Dauer eines Jahres entspricht zwar der Erkenntnis, daß der Verlust an Stabilität seine Ursache im umgehenden unternehmerischen Profitstreben hat, und die technische Basis des Profits ist die Investition; aber diese Maßnahme erfaßt nicht mehr die für das laufende Jahr vorgesehenen Investitionen. Die Pläne der Industrie sind längerfristiger Natur.

Der Sachverständigenrat nimmt denn auch in seinem Sondergutachten für 1973 eine horrende Zunahme der Anlageinvestitionen von nominal + 15 Prozent an, das wären real + 8–10 Prozent.

War noch zu Jahresbeginn das Rationalisierungsmotiv vorherrschend (s. INFO 1/1973, S. 5), so schiebt sich mit dem Anschwellen der Auftragsbestände zunehmend die Kapazitätsweiterleitung in den Vordergrund.

Bleibt die Lohn- und Gehaltsentwicklung weiterhin restriktiv, so wird für 1974/75 infolge des Kapazitätsüberhangs abermals die wirtschaftspolitische Entscheidung zwischen Stagnation und Inflation fallen müssen. Die Konsequenzen tragen allein die wirtschaftlich Abhängigen. Um künftig solche zyklischen Überspannungen zu verhindern, ist zum ersten ein generelles

gesetzliches Verbot der degressiven Abschreibung erforderlich, zum zweiten eine planmäßige langfristige Investitionskontrolle seitens der öffentlichen Hand. Die Kontrolle ist zu ergänzen durch Kapitalumlenkung vom privatunternehmerischen in den öffentlichen Sektor, schon um der außerordentlichen Verteilungsschiefe (s. Kzf. 4.1, 4.2) entgegenzuwirken.

Bei der gegenwärtigen Aufteilung des volkswirtschaftlichen Gesamtkapitals erhält der Staat nur im Krisenfalle – und nur über ein inflationäres „deficit spending“ – größere Investitionsmöglichkeiten. Hält jedoch der inflationstreibende Boom an, werden die staatlichen Investitionen relativ sowieso, aber auch absolut immer stärker gedrückt, wie das „Stabilitätsprogramm“ wieder zeigt.

Anlage- und Ausrüstungsinvestitionen in jeweiligen Preisen (Mrd. DM)

	Anlageinvestitionen		Ausrüstungsinvestitionen		Staat	
	Insg. Unternehmen	Insg. Unternehmen	Insg. Unternehmen	Insg. Unternehmen		
1969	146	123	23	67	65	2
1970	181	152	30	83	80	3
1971	203	172	31	91	88	3
1972	215	184	31	92	89	3

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/1973, S. 73, 78)

1.5 Beschäftigung

Trotz der lebhaften Produktionstätigkeit in den letzten Monaten lagen im März und April d. J. die Arbeitslosenzahlen um + 7,1 bzw. + 4,1 Prozent über denen im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Arbeitslosenquote betrug im April 1,1, im März 1,3 Prozent.

Arbeitslose und offene Stellen (in 1000)

	Arbeitslose		Offene Stellen		Differenz
	(I)	1972	(II)	1972	1973
Februar	369	347	502	570	133
März	268	287	537	603	269
April	231	241	555	622	324

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 4/1973, S. 178*; Handelsblatt, 9. 5. 1973)

Anhaltend bleibt der Zustrom ausländischer Arbeitskräfte, im konjunkturellen Aufschwung ein „billigeres“ Arbeitskräftepotential. Im April d. J. wurden 23 200 Neuvermittlungen (+ 45,6 Prozent gegenüber April 1972) registriert, im März über 26 000.

Auch zu Beginn des Jahres hielt die Tendenz sinkender Industriebeschäftigung an. Sowohl insgesamt als auch in bezug auf den Arbeiteranteil kam es im Januar 1973 zu prozentualen Abnahmen von – 1,2 bzw. – 1,6 Prozent gegenüber Januar 1972, sicher noch die Auswirkung produktivitätsstillernder Rationalisierung im industriellen Bereich.

Industriebeschäftigung*

	Industriebeschäftigung insges.		darunter Arbeiter
	In Mio.	Abnahme geg. d.	
	Vorj. I. %	Vorj. I. %	
1971	8,5	1,2	6,3
1972	8,3	2,3	6,1
1972, Januar	8,4	2,3	6,2
Dezember	8,3	1,2	6,1
1973, Januar	8,3	1,2	6,1

(Quelle: INFO 4/1972, S. 5; Wirtschaft u. Statistik, 2/1972, S. 74*, 4/1973, S. 184*)

* ohne Baulnd., Elektrizitäts-, Gas-, Wasserwerke; Betriebe mit 10 u. m. Beschäftigten

Nach wie vor aufwärts gerichtet ist die Beschäftigung im Handwerk: im Jahresdurchschnitt 1972 3,87 Mio., im 4. Vj. 1972 3,94 Mio.; 1968 waren es im Jahresmittel noch 3,75 Mio.

1.6 Umsatz je Beschäftigtem

Betrug der Umsatz je Beschäftigtem im Durchschnitt des Jahres 1972 noch rd. 6000 DM (= + 9,1 Prozent zum Vorjahr), so erhöhte sich diese Summe gegen Jahresende im Dezember auf 6400 DM und Januar 19

2.2 Nettoeinnahmen

Die in der amtlichen Statistik veröffentlichten Nettoeinnahmen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ergeben sich aus der Differenz zwischen Bruttoeinnahmen und direkten Steuern. Die Nettoeinnahmen stiegen 1972 gegenüber 1971 um + 7,1 Prozent.

Das WSI schätzt für 1973 die Netto-Unternehmertätigkeit auf ein Plus von ca. 14 Prozent. (WSI Mitteilungen, 4/1973, S. 134), der Sachverständigenrat in seinem Mai-Gutachten auf + 17 Prozent, im 2. Hj. allein auf + 24,5 Prozent!

Nettoeinnahmen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

	In Mrd. DM	Zunahme geg. d. Vorj. l. %
1970	141,0	13,4
1971	145,5	3,1
1972	155,8	7,1

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/1973, S. 76)

Von den für 1972 angegebenen 155,8 Mrd. DM wurden 136 Mrd. als „entnommene Gewinne und Vermögenserlöse“ abgesetzt, so daß in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ca. 16 Mrd. DM an nichtentnommene Gewinne als Restbetrag ausgewiesen wurden. Dem stehen indessen fast 190 Mrd. DM an unternehmerischen Bruttoinvestitionen gegenüber. Da die Abschreibungen mit etwas über 88 Mrd. angegeben wurden, knapp 24 Mrd. DM an „Vermögensübertragungen“ (zu einem erheblichen Teil staatliche Subventionen) in die Finanzierungsrechnung eingehen, verbleibt ein Volumen von rd. 61 Mrd. DM, das mindestens zu 65 Prozent „selbstfinanziert“ wurde.

Daß sich im laufenden Jahr eine die Vorjahre weit übersteigende Gewinnexpansion abzeichnet, die den vom WSI und vom Sachverständigenrat geschätzten Durchschnittszuwachs z. T. noch hinter sich lassen dürfte, resultiert aus speziellen Gewinnanalysen für große Konzerne. Insbesondere im Maschinenbau, in der Montan-, Automobil- und elektrotechnischen Industrie sind überdurchschnittliche Profiterhöhungen zu erwarten: Klöckner-Humboldt-Deutz, Gutehoffnungshütte, DEMAG je + 50 Prozent, MAN + 37, AEG + 25, BMW + 22, VW + 20, Hoechst + 20. (Handelsblatt, 7. 5. 1973)

Ziffer 2). Auf der These vom inflationsfördernden Nachfragezog beruht der immer noch in der Diskussion befindliche allgemeine Konjunkturzuschlag sowie die Drohung, unter Umständen Löhne und Preise gesetzlich zu stoppen.

Ebensowenig wie ein genereller Konjunkturzuschlag zur Preisstabilität beitragen kann – wie der Versuch 1971/72 gezeigt hat – ist dafür der Lohn- und Preisstopp geeignet, da indirekte Preisanhebungen (über Mengen- und Qualitätsmanipulation) und Lohnsenkungen (Verschärfung der Arbeitsintensität, Steigerung der Produktivität) keinen Schranken unterliegen.

IG Metall und ÖTV haben überdies zu Jahresbeginn durch einen faktischen effektiven Lohnstopp für 60 Prozent aller abhängig Beschäftigten – die ausgehandelten Tarife kompensieren die Inflationsraten und Steuerprogression bei weitem nicht – den Beweis dafür geliefert, daß die Preise mit den Löhnen nichts, mit Profitmaximierung dagegen alles zu tun haben. Dies bestätigt indirekt sogar der Sachverständigenrat: „Die hohen Gesamtausgaben... lassen die Gewinne rasch steigen... Die Zunahme der Bruttoeinnahmen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (17 vH) übertrifft die der Lohn-einnahmen (13,5 vH) deutlich. Nach Abzug der Abgaben an den Staat ist dieser Unterschied noch größer.“ (Sondergutachten, Ziffer 2)

Wenn sich die Meldungen aus den Betrieben häufen, wonach die Unruhe der Belegschaften zunimmt, dann ist sie vor allem an die Adresse der Gewerkschaften gerichtet, für eine Revision des Lohn-Gewinn-Mißverhältnisses zu sorgen. Die hohe Streikbereitschaft demonstriert dies am eindeutigsten.

Besonders die IG Metall ist als erste dazu aufgerufen, die Wende zur aktiven Lohnpolitik einzuleiten, zumal der Sachverständigenrat realistisch feststellt, die Grundlagen der Tarifabschlüsse am Jahresanfang seien durch die Schere in der Einkommensentwicklung zerstört. (Sondergutachten, Ziffer 12) Ein der gegenwärtigen Entwicklung angepaßtes lohnpolitische Datum wären zu erkämpfende Abschlüsse in Höhe des Doppelten der Inflationsrate.

Indikator dafür, daß die bereits abgeschlossenen Verträge mit Tariferhöhungen zwischen + 8,5 und + 10,5 Prozent der konjunkturellen Wirklichkeit nicht entsprachen, ist einmal mehr die seit dem 4. Vj. 1972 einsetzende positive Lohndrift:

Tarifverdienste auf Monatsbasis	Effektivverdienste je Beschäftigtem	Lohndrift auf Monatsbasis
Verändert. gegenüber d. Vorj. l. Prozent	gegenüber d. Vorj. l. Prozent	
1972 1. Vj. + 9,3	+ 9,7	+ 0,4
2. Vj. + 9,2	+ 9,4	+ 0,2
3. Vj. + 8,7	+ 8,4	+ 0,3
4. Vj. + 8,6	+ 10,3	+ 1,7

(Quelle: Monatsberichte d. Dt. Bundesbank, 4/1973, S. 69*)

Im Februar d. J. lag das Tariflohniveau – entgegen den Behauptungen der antigewerkschaftlichen Kampagne – immer noch lediglich um + 8,7 Prozent über dem des gleichen Vorjahresmonats.

3.2 Steuern und Abgaben

Während sich von Unternehmenseite der Druck auf Löhne und Gehälter verstärkt, erfolgt von den Steuern und Abgaben her ein noch intensiverer Zugriff auf die Masseneinkommen als in den Jahren zuvor.

Neben dem permanent wirksamen Lohnsteuerprogressions-Effekt werden die Einkommen direkt oder indirekt reduziert durch die:

- Erhöhung der Mineralölsteuer im Juli d. J. um 0,05 DM je Liter,
- Neufestsetzung der Grundsteuer ab Januar 1974, die zu Mietsteigerungen führen wird,

– voraussichtlich ebenfalls für 1974 vorgesehenen Anhebung der Mehrwertsteuer um + 1 Prozent, was einer Mehrbelastung der Verbraucher um jährlich 5 Mrd. DM (aufgrund des heutigen Preisniveaus) entspräche.

Käme es zur Heraufsetzung der Mehrwertsteuer, würden Lohn- und Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer allein ca. 120 Mrd. DM ausmachen.

Derzeit ist bis Jahresende mit einem Lohn- und Umsatzvolumen von rd. 112 Mrd. DM zu rechnen. Nach Vorausberechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, West-Berlin, wären das etwa 50 Prozent des Gesamtsteueraufkommens von etwa 226 Mrd. DM.

Das Institut geht für 1973 von einem um + 15 Prozent höheren Gesamtsteueraufkommen aus = 29 Mrd. DM mehr als 1972. Damit wächst der Anteil der Steuern am nominalen BSP auf ungefähr 25 Prozent. Von 1960 bis 1972 erhöhte sich das BSP auf knapp das Dreifache, Bruttolöhne und -gehälter ebenfalls um das Dreifache, die Lohnsteuereinnahmen indes um das Sechsfache: „Ohne die Progression der Lohnsteuer wären sowohl das gesamte Steueraufkommen als auch die gesamtwirtschaftliche Steuerquote gegenwärtig erheblich niedriger.“ (DIW Wochenbericht 17/73, S. 144)

Steueraufkommen 1972/73

	In Mrd. DM	Zunahme geg. d. Vorj. l. %	1972	1973
Lohnsteuer	49,8	81,3	16,3	23,2
Steuern vom Umsatz	47,0	51,4	9,5	9,4
Mineralölsteuer	14,2	16,6	14,6	16,7
Tabaksteuer	7,8	9,1	14,1	16,2
Kraftfahrzeugsteuer	4,7	5,0	13,5	5,9
Veranlagte				
Einkommensteuer	23,1	26,0	26,2	12,4
Nicht veranschl. Steuern v.				
Ertrag	2,2	2,2	5,8	0,5
Körperschaftsteuer	8,5	9,7	18,4	14,3
Gewerbesteuer	14,9	16,7	20,6	12,5
Steuereinnahmen ins.	197,0	225,9	14,3	14,7
BSP	828,5	930,0		
Steuerbelastungsquote (l. %)	23,8	24,3		

(Quelle: DIW Wochenbericht, 17/1973, S. 144)

	Brutto- In Mrd. DM	Nettolohn- u. -gehaltsumme je Besch.	
		%-Zunahme In Mrd. DM	%-Zunahme geg. d. Vorj.
1970	1138	14,7	881
1971	1273	11,9	967
1972	1393	9,4	1059

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/1973, S. 77)

3.4 Preise

Der Zusammenhang zwischen Profit- und Preissteigerungen tritt im laufenden Jahr so offensichtlich wie nie hervor.

Während die Unternehmenseinkommen netto durchschnittlich um über 20 Prozent zunehmen werden (s. Kzf. 2.2), fallen die Zuwachsraten von Löhnen und Gehältern einer Preiswelle nach der anderen zum Opfer.

Die Unternehmen erhöhen Woche für Woche die Preise, drücken Löhne und Gehälter und verdreifachen so ihre Profite innerhalb eines Jahres.

Die Bundesregierung fordert zur Stabilität auf, sorgt jedoch durch ihre Steuer- und Agrarpolitik dafür, daß sich das allgemeine Preisniveau noch mehr hinaufschraubt.

Die bevorstehende Erhöhung der Mineralölsteuer dürfte zu einer effektiven Kostenmehrbelastung führen, die dann von der Industrie sofort in den Preisen weitergegeben wird. Die Anhebung der Grundsteuer (ab 1.1. 1974) dürfte Anlaß für Haus- und Grundbesitzer sein, höhere Mieten zu verlangen, wobei die Schätzungen bei durchschnittlich + 6 Prozent, in Einzelfällen + 12 Prozent liegen.

Die vor allem auf Druck der Bundesregierung beschlossene Erhöhung wichtiger Agrarerzeugnisse in der EWG (Rindfleisch, Milch) wird schon in Kürze spürbar sein. Die Nahrungsmittel stehen ohnehin schon an der Spitze der Preisskala für Güter und Dienstleistungen des privaten Verbrauchs.

Weitere Belastungen: ab Juli d. J. ist mit zwischen + 10- und 13prozentigen höheren Haftpflichtversicherungsprämen für PKW zu rechnen.

Die Textilpreise sind immer noch in Bewegung, nachdem sie binnen Jahresfrist um + 10 Prozent angezogen haben. Nach den Nahrungsmitteln sind sie die teuersten Konsumprodukte.

Preisentwicklung bis April 1973

(Index, 1962 = 100, alle privaten Haushalte)

	Lebenshaltungskosten	Wohnungsmiete	Elektrizität, Gas, Brennst.	Kraftfahrz., Fahrr.	Fremde Verkehrsleist.
1972	13,79	183,1	143,7	119,0	142,2
1972, Januar	134,5	178,6	141,6	115,3	141,3
Februar	135,1	179,5	142,9	118,7	141,4
März	135,8	180,6	142,9	119,0	141,8
April	136,1	181,3	141,1	119,0	141,9
1973, Januar	143,3	189,5	151,9	119,9	143,1
Februar	144,3	190,1	153,1	122,1	151,5
März	145,2	191,2	153,3	124,6	152,4
April	146,3				

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 4/1973, S. 225*, S. 227; FAZ, 11. 5. 73)

Im einzelnen stieg der Preisindex (April 1973/April 1972):

- der Lebenshaltung insgesamt um + 10,2 Punkte = + 7,5 Prozent von März 1972 bis März 1973
- der Wohnungsmieten um + 10,6 Punkte
- von Elektrizität, Gas, Brennst. um + 10,4 Punkte
- von Kraftfahrzeugen, Fahrrädern um + 5,6 Punkte
- für Fremde Verkehrsleistungen um + 10,8 Punkte

3 Lage der Arbeiterklasse

3.1 Bruttolöhne und -gehälter

Von Unternehmenseite wird jede Verantwortung für die inflationäre Krise abgelehnt und den Gewerkschaften zugeschoben versucht. Da bisher – Folge schärferer Rationalisierung – die Lohnstückkosten nicht einmal so hoch stiegen, daß damit die permanenten Preisanhebungen zu rechtfertigen wären, bleibt als Argument der angeblich preistreibende Nachfragezog durch höhere Abh

Überproportionale Verteuerungen erfuhren von März 1972 bis März 1973 unter anderem	
— Kartoffeln	mit + 55,6 Prozent
— Frischfisch	mit + 23,8 Prozent
— Frischobst	mit + 16,5 Prozent
— Frischfleisch	mit + 15,1 Prozent
— Nahrungsmittel insgesamt	mit + 8,8 Prozent

(Quelle: Handesblatt, 9. 5. 73)

Die unterschiedliche Teuerung in bezug auf die Lebenshaltung der verschiedenen Haushaltstypen im März 1973:	
— Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen	+ 7,9 Prozent
— Zwei-Personen-Haushalt von Renten- und Sozialhilfeempfängern	+ 8,7 Prozent
— Einfache Lebenshaltung eines Kindes	+ 9,7 Prozent
— Vier-Personen-Haushalt von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen	+ 6,8 Prozent

(Quelle: Kölner Rundschau, 12. 5. 73)

3.5 Realeinkommensentwicklung

Realeinkommen eines Ledigen bei einem durchschnittlichen Bruttoeinkommen pro Monat von DM

	1968	1969	1970	1971	1972	1972 % Anst. 68/72
Monatseink., brutto	909	993	1138	1273	1389	52,8
— Lohnsteuer*	119	137	171	206	238	100,0
— Kirchensteuer*	12	14	17	21	24	100,0
— Sozialversicherg.*	122	133	152	171	186	52,4
Monatseink., netto	656	709	798	875	941	43,4

In Punkten

Lebenshaltungskost. (1962 = 100)	116,4	119,5	124,0	130,4	137,9	18,5
Kaufkraft des Nettoeink. (1968 = 100)	656	691	772	805	819	24,8

In Prozent

Bruttoeink.-Zuwachs	9,2	14,7	11,9	9,1
Nominal-Nettoeink.-Zuwachs	8,1	12,6	9,6	7,5
Realeink.-Zuwachs	5,4	8,8	4,4	1,7

Realeinkommen eines Verheirateten mit 1 Kind

Monatseink., brutto	909	993	1138	1273	1389	52,8
— Lohnsteuer*	80	96	125	156	184	130,0
— Kirchensteuer*	9	10	13	16	18	100,0
— Sozialversicherg.*	122	133	152	171	186	52,4

In Punkten

Lebenshaltungsk.	116,4	119,5	124,0	130,4	137,9	18,5
Kaufkraft des Nettoeink.	698	735	799	833	848	21,5

In Prozent

Bruttoeink.-Zuwachs	9,2	14,7	11,9	9,1
Nominal-Nettoeink.-Zuwachs	8,0	12,5	9,7	7,6
Realeink.-Zuwachs	5,3	8,7	4,5	1,8

*) Lohnsteuer nach den geltenden Sätzen, davon 10 Prozent Kirchensteuer; Sozialversicherungsbeiträge im Durchschnitt 13,4 Prozent ohne Berücksichtigung der Anhebung des Krankenkassenbeitrags um 0,5 Prozent vom Juli 1972; alle Abzüge aufgerundet.

Von 1968 bis 1972 ergab sich bei Ledigen eine progressiv wirkende steuerliche Belastung von + 100 Prozent, bei Verheirateten mit 1 Kind sogar von 130 Prozent; die Sozialversicherungsbeiträge durchliefen eine Steigerung von + 52,4 Prozent, die Preise für die Lebenshaltung eine von + 18,4 Prozent.

Vor diesem Hintergrund dürfte die Prognose nicht falsch sein, daß 1973 eine Realeinkommensminderung bis in den negativen Bereich unausweichlich ist, wenn die Entwicklung von Löhnen und Gehältern an den zu Jahresbeginn abgeschlossenen Tarifverträgen mit einer durchschnittlichen Steigerungsrate von höchstens + 8,5 Prozent ausgerichtet wird.

Schon im Hinblick auf den verschärften konfiskatorischen Charakter von Steuern und Abgaben (s. Kzf. 3.2) waren die Kompromisse im Metallbereich und im öffentlichen Dienst fragwürdig. Dies um so mehr, als die DGB-Zielprojektion für 1973 eine Reallohnsteigerung von + 4,5 bis + 5,0 Prozent anvisierte. Noch in der Zielprojektion 1971–1973 wurde für das laufende Jahr bei den Beschäftigten die Hoffnung auf eine über 12prozentige Erhöhung ihrer Nettoeinkommen geweckt.

3.6 Arbeitszeit

Bereits im Oktober 1972 begann die durchschnittliche effektive Arbeitszeit in der Industrie anzusteigen; mit insgesamt 43,2 bezahlten Wochenstunden wurde der Tiefpunkt vom Juli 1972 (43,0) überwunden.

Die Ausweitung der Produktion ist gewöhnlich auch auf Überstunden zurückzuführen. Unter den verteilungspolitischen Bedingungen – zumindest bis zur Mitte des Jahres – sind Überstunden allerdings keine Basis mehr für wachsende, sondern nur noch teilweise Kompensation fallender Reallohn.

Bezahlte Wochenarbeitszeiten (bezahlte Wochenstunden) der Industriebeschäftigte

	männlich	weiblich	Insg.
1971	43,9	40,5	43,2
1971, Juli	44,2	40,4	43,4
Oktober	44,2	40,6	43,5
1972, Juli	43,8	40,4	43,1
Oktober	43,9	40,5	43,2

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 4/1973, S. 208, 231*; INFO 1/1973, S. 9)

3.7 Frauenlöhne und -gehälter

Im Anschluß an die globale Darstellung der beruflichen Situation sowie Einkommenslage der Frauen in der BRD in INFO 1/72 sollen nachstehend die Lohn- und Gehaltsstruktur der weiblichen Arbeitskräfte in Industrie und Handel untersucht werden.

In diesen Bereichen waren 1970 fast 5 Mio. Frauen beschäftigt; Arbeiterinnen wurden ca. 3,5 Mio. gezählt. (Ergebnis des Mikrozensus; Bericht der Bundesregierung über die Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Frau, Deutscher Bundestag, Drucksache VI/3689, Tabellenanhang, S. 66)

Was die Entlohnung der weiblichen Arbeitskräfte in der Industrie anbetrifft, war von 1966 bis 1971 folgendes Verhältnis zu konstatieren:

- 1966 betrug ihr durchschnittlicher Bruttostundenverdienst in der Industrie insgesamt (alle Leistungsgruppen) 68,8 Prozent ihrer männlichen Kollegen,
- 1970 64,6 Prozent,
- 1971 69,7 Prozent.

Durchschnittliche Bruttostundenverdienste der Industriearbeiter (alle Leistungsgruppen)

	Männer in DM	Frauen in DM	I. % d. Männerlöhne
1966	4,84	3,33	68,8
1970	6,49	4,49	69,2
1971	7,25	5,05	69,7

(Quelle: Stat. Bundesamt, Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen, Fachserie M, Reihe 15/I, laufend)

Differenziert nach Leistungsgruppen war das Verhältnis der Männer- zu den Frauenlöhnen insofern recht unterschiedlich, als sich der Abstand mit abnehmender Qualifikation verringerte.

Frauen- in Prozent der Männerlöhne nach Leistungsgruppen

	LG I in DM	LG II in DM	LG III in DM	LG I in DM	LG II in DM	LG III in DM	I. II in % d. Männerlöhne
1966	5,14	4,64	4,13	3,69	3,42	3,21	71,8 73,7 77,7
1970	6,90	6,23	5,59	4,90	4,56	4,37	71,0 73,2 78,2
1971	7,74	6,92	6,20	5,48	5,12	4,92	70,8 74,0 79,4

(Quelle: Stat. Bundesamt, Fachserie M, Reihe 15/I, laufend)

Als Erklärung für die Differenz von Frauen- und Männerlöhnen innerhalb der Leistungsgruppen wird vom Stat. Bundesamt angegeben, daß zum einen bei den männlichen Arbeitern eine höhere Zahl von geleisteten Nacht-, Sonntags- und Überstunden anfällt, zum anderen wird jedoch auf das unterschiedliche Qualifikationsgefüge bei Männern und Frauen verwiesen.

Das besagt indes eine stark voneinander abweichende Bewertung der formal gleich bestimmten Qualifikation für die Einstufung in die verschiedenen Leistungsgruppen.

So notwendig es ist, die diskriminierende Einstufung eines Großteils der Arbeiterinnen in sog. Leichtlohngruppen abzuschaffen, so notwendig wäre es darüber hinaus, das Bewertungssystem im Hinblick auf die Entlohnung der Frauen überhaupt grundlegend zu ändern.

Beispielsweise ist die Ausbildungsqualifikation für die Leistungsgruppe 1 bei Frauen und Männern gleich hoch. Das zum Zuge kommende Bewertungsverfahren unterbewertet aber die Frauen. Ihre Arbeitskraft spart damit dem Unternehmen einen beachtlichen Aufwand. Indem so der Grundsatz „gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ unterlaufen wird, verbessert sich automatisch die Profitlage der Industrie.

In Globalzahlen ausgedrückt, sicherten sich auf Kosten vor allem der Arbeiterklasse Unternehmen und Staat 1971/72 folgende Einkommensgrößen:

	Gesamte eigene Finanzierungsmitteleinschließendes Staates**	Oberschüssebildung des Staates**	Finanzierungsüberschüsse der Sozialversicherung
Unternehmen*			
1971	121	15	6,8
1972	129	11	7,7

* Nichtentnommene Gewinne, Abschreibungen, Vermögensübertragungen
** Laufende Einnahmen abzüglich laufende Ausgaben (einschließlich Nettolinvestitionen) ohne Saldo der Vermögensübertragungen

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/1973, S. 78; Monatsberichte d. Dt. Bundesbank, 3/1973, S. 18, 23)

Was den Unternehmenssektor betrifft, so erwirtschaftete er 1972 laut Bundesbank-Angaben eine Selbstfinanzierungsquote von 65 Prozent. Hinzu trat 1972 eine beträchtliche Geldvermögensbildung in Höhe von 21 Mrd. DM (1971 11,5 Mrd.), die in Erwartung von Kreditverknappung, Investitionsbesteuerung, Aussetzung der lukrativen Abschreibungsmöglichkeiten vorgenommen wurde.

Zu diesen Zahlen ist überdies zu bemerken, daß sie höchstens einen Trend markieren, da die nichtentnommene Gewinne keineswegs den wirklichen Umfang der unternehmerischen „Innenfinanzierung“ widerspiegeln. Die Basis der statistischen Berechnungen bildet das veröffentlichte Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, nicht die „interne“ Bilanz. Das heißt, die „stillen Reserven“ (unsichtbare Selbstfinanzierung) aufgrund höherer Bewertung der Passiva, Passivierung von Pensionsrückstellungen usw. gehen in die amtlichen Statistiken nicht ein.

Das Einfrieren der Lohn- und -gehaltquote bedeutet darüber hinaus eine zusätzliche Umschichtung des volkswirtschaftlichen Mehrertrags.

1973 dürfte sich dieses Mißverhältnis rapide beschleunigen. Der Sachverständigenrat gibt folgende, eher noch zu vorsichtige, Verteilungsprognose: Einer Wachstumsrate der Nettoeinkommen aus abhängiger Arbeit von höchstens 9 Prozent dürfte eine Rate der Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen von mindestens 17 Prozent gegenüberstehen. Der Prognose zufolge „wird es... mit Sicherheit... zu einer außergewöhnlichen Diskrepanz der Einkommensentwicklung kommen.“ (Sondergutachten, Ziffer 12)

4.2 Vermögensverteilung

Aufgrund der durch die Inflation verschärften Einkommensumschichtung zugunsten der Masse der abhängig Beschäftigten kommt es zu einer immer schnelleren Vermögenskonzentration in wenigen privaten Händen.

Dies ist der aktuelle Hintergrund der wieder entfachten Debatte um die Vermögensverteilung innerhalb des DGB und der Bundestagsparteien.

Das Eintreten von DGB und SPD für öffentliche Vermögensfonds, irreführend als „Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen“ deklariert, übersieht und verdeckt drei Tatbestände:

1. Die Bilanzgewinne zur Basis der prozentualen Abführung zu nehmen bleibt sinnlos, weil die privatunternehmerische Sachwertbildung nur zum geringen Teil aus den veröffentlichten Bilanzgewinnen finanziert wird.
2. Die Großunternehmen werden wegen ihrer zunehmenden multinationalen Ausdehnung durch nationale Vermögensabgaben in ihrer Vermögensstruktur kaum getroffen.

3. Werden die ausgewiesenen Gewinne um eine Vermögensabgabe gekürzt, folgt sofort das damit begründete Lohndiktat und ein Zusammenbruch der ohnehin schwachen ökonomischen Position der Gewerkschaften im Verteilungskampf, ohne daß

4. die gesellschaftliche Macht des Monopolkapitals auch nur beeinträchtigt wäre, da ja die private Aneignung des Mehrertrags ungehemmt weiter vor sich geht.

Die derzeitige Vermögensentwicklung ist zunächst mit Lohnerhöhungen mindestens um das Doppelte der Inflationsraten zu beeinflussen.

1. Aus der Differenz von Einnahmen privater Haushalte (bis zu einem Nettoeinkommen von 10 000 DM) aus der Aufnahme von Krediten und Auflösung von Vermögen einerseits sowie der Rückzahlung von Krediten und Ausgaben für Vermögensbildung andererseits geht hervor, daß bis zur Höhe der Abhängigendurchschnittseinkommen Vermögen überhaupt nicht gebildet werden kann. Die Rückzahlung von Krediten (einschließlich Zinsen) übersteigt – im Verhältnis zum Einkommen – die Kreditaufnahme so stark, daß nennenswerte Beträge für effektive Vermögensanlage nicht mehr übrigbleiben. Insbesondere schlagen die hochverzinsten Ratenschulden zwischen einem Drittel und der Hälfte der gesamten Kreditrückzahlung kräftig zu Buch.

2. Erst bei Einkommen ab 2500 DM netto je Haushalt stellt die Sachanlage den größten Posten der Vermögensbildung dar.

3. Der Kauf von Wertpapieren erreicht nur bei den höchsten Einkommenskategorien ins Gewicht fallende Größenordnungen.

Einnahmen privater Haushalte aus Vermögen und Kreditaufnahme in DM (Monatsdurchschnitt 1969)

Monatliches Haushaltseinkommen von ... bis ... DM	Einnahmen insgesamt	Abhebung von Sparkonten	Auszahlg. auf Spar-Bauspar-guthaben	Aufnahme von Krediten	darunter: Raten-schulden
300 – 600	48	23	—	6	3
600 – 800	83	37	—	15	5
800 – 1 000	118	54	8	25	9
1 000 – 1 200	144	62	10	34	10
1 200 – 1 500	201	83	17	58	14
2 500 – 10 000	707	223	71	253	18

Ausgaben privater Haushalte für Vermögensbildung und Kreditrückzahlung (Monatsdurchschnitt 1969)

Monatliches Haushaltseinkommen von ... bis ... DM	Ausgaben insgesamt	Erhöhung d. Sach-verm.	Einzahlg. auf Spar-konten	Kauf von Wert-papieren	Rück-zahlg. v. Kred.	dar.: Raten-schulden
300 – 600	67	4	35	3	8	4
600 – 800	132	18	59	5	21	8
800 – 1 000	189	29	77	7	34	10
1 000 – 1 200	249	39	96	8	52	13
1 200 – 1 500	360	66	129	15	80	17
2 500 – 10 000	1727	491	372	151	381	25

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/1973, S. 95 f.)

Die Relation zwischen Anzahl der Sparbücher und den Spareinlagen weist zudem auf, wie aussagelos in sozialer Hinsicht die Globalstatistiken über die Geldvermögen der privaten Haushalte sind: bis unter 300 DM Spareinlagen zwar 47,4 (1969) bzw. 47,6 (1970) Prozent der Sparbücher, aber nur 1,7 Prozent der Gesamteinlagen; bis unter 1 000 DM rd. 63 (1969) bzw. 65 (1970) Prozent der Bücher, jedoch ca. 6 Prozent der Einlagen. Dagegen: ab 10 000 DM rd. 5 Prozent aller Sparbücher, indes 50 Prozent der Einlagen!

Sparkassenbücher und -einlagen bei den Sparkassen 1969 und 1970

Größenklassen in DM	Sparkassen-bücher	-einlagen	Sparkassenb.-einlagen	In 1000	%	In 1000	%	
bis unter 300	22 591	47,4	1 940	1,7	24 873	47,6	2 072	1,7
300 bis unter 1 000	7 492	15,7	4 410	3,9	8 915	17,1	5 061	4,1
1 000 bis unter 3 000	8 484	17,8	14 745	13,1	8 762	16,8	15 360	12,5
3 000 bis unter 10 000	6 738	14,2	36 148	32,1	7 050	13,5	38 130	31,2
10 000 und mehr	2 325	4,8	55 649	49,4	2 664	5,0	62 214	50,7

(Quelle: Sparkassenfachbuch 1972, S. 440)

Unter dem Druck der Inflation haben sich im 1. Vj. 1973 die Nettoeinlagen bei den Sparkassen um 12 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal verringert, dagegen die Konsumkredite wesentlich erhöht.

Allein im März d. J. wurden von den Sparkassen netto 300 Mio. DM abgezogen, nachdem im gleichen Vorjahresmonat noch netto 1,2 Mrd. DM Zugang gemeldet wurden. Die Einsparung diente dabei ausschließlich der Konsumfinanzierung! (Handelsblatt, 2. 5. 1973) Da die Löhne und Gehälter im Vergleich zu den Staatseinnahmen und der Inflation lediglich minimal zunehmen und längst nicht mehr deren Zuwachsraten einholen, müssen selbst die spärlichsten Ansätze einer Rücklagenbildung zur Finanzierung des laufenden Konsums gefordert werden.

2. Im einzelnen werden ausgegeben für:

- Rüstung rd. 28 Mrd. = + 1,4 Mrd. DM
- Arbeit rd. 23 Mrd. = + 1,2 Mrd. DM
- Verkehr rd. 17 Mrd. = + 0,3 Mrd. DM
- Jugend, Familie, Gesundheit rd. 4 Mrd. = + 0,1 Mrd. DM
- Raumordnung, Bauwesen, Städtebau rd. 4 Mrd. = + 0,5 Mrd. DM
- Bildung und Wissenschaft rd. 3 Mrd. = + 0,2 Mrd. DM

(Quelle: FAZ, 4. 4. 73)

Zum Arbeitsetat ist zu erwähnen, daß darin sowohl die Rentenversicherung enthalten ist als auch z. B. Sozialhilfe oder Entschädigungszahlungen aufgrund der Gesetze über Kriegsfolgelasten.

Das am 9. Mai 1973 beschlossene 2. Stabilisierungsprogramm wird selbst die minimalen Zuwachsraten wirklicher Reformprojekte für 1973/74 zusammenstreichen:

- „Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern“ werden um 1 Mrd. DM reduziert;
- der Bund wird darüber hinaus alle „nicht auf rechtlichen oder internationalen Verpflichtungen“ beruhenden Ausgaben, also ausschließlich die für „innere Reformen“, um 700 Mio. DM verringern;
- die Länder wurden aufgefordert, im gleichen Verhältnis ebenso zu verfahren;
- die geplante Nettokreditaufnahme von Bund, Ländern und Gemeinden soll um 5,5 Mrd. DM weniger ausfallen, was praktisch der Aufgabe noch vorgesehener Strukturverbesserungen gleichkommt, da der ordentliche Finanzierungsspielraum durch feststehende Bindungen (etwa Rüstung, Arbeit) erschöpft ist;
- die Stillegung von Steuermehreinnahmen bei Bund, Ländern und Gemeinden (rd. 5 Mrd. DM) verhindert auch über 1974 hinaus eine spürbare Reformpolitik.

(Angaben nach BMWI Tagesnachrichten, 9. 5. 1973)

Insgesamt sollen durch dieses „Stabilisierungs“-Konzept mindestens 15 Mrd. DM den staatlichen Haushalten entzogen werden. Die unsichtbare Umverteilung zugunsten der privaten Unternehmen ist damit für 1973/74 gesichert.

5 Zusammenfassung

Die zusammenfassende Tabelle wiederholt Angaben, die bereits im vorangegangenen Text angeführt, kommentiert und belegt wurden. Sie enthält Zahlen, die für die Wirtschaftsentwicklung und die Lage der Arbeiterklasse in der BRD hervorstechend sind (jeweils nur die neuesten Werte). Es wird nicht die Originalquelle zitiert, sondern nur auf die Kennziffer des vorliegenden INFO verwiesen, dem die angeführten Angaben entnommen sind.

Zusammenfassende Tabelle

Nr. Sachgegenstand	Zeitraum	Einheit	Größe	Kennziffer	Vgl.
1 BSP 1973 (geschätzt)					
a) in jeweiligen Preisen	1973/1972	%	+ 14,0	1.1	
b) in Preisen von 1962	1973/1972	%	+ 7,0	1.1	
2 Industrieproduktion					
a) Index (1962 = 100)	März 1973	Pkt.	177	1.2	
b) gegenüber dem Vorjahr	März 1973	%	+ 6,5	1.2	
3 Industrieumsatz insgesamt gegenüber dem Vorjahr	Februar 1973	%	+ 11,3	1.2	
4 Auslandsumsatz der Industrie gegenüber dem Vorjahr	Februar 1973	%	+ 17,7	1.2	
5 Auftragseingang der Industrie					
a) insgesamt gegenüber dem Vorjahr	März 1973	%	+ 16,7	1.2	
b) Auslandaufträge geg. d. Vorj	März 1973	%	+ 31,9	1.2	
c) Inlandaufträge geg. d. Vorj.	März 1973	%	+ 12,1	1.2	
6 Exportüberschuß	1. Vj. 1973	Mrd. DM	5,9	1.3	
7 Währungsreserven	März 1973	Mrd. DM	87,1	1.3	
8 Arbeitslose	April 1973	Tsd.	241	1.5	
9 Industrieumsatz je Beschäftigtem					
a) absolut	1972	DM	6000	1.6	
b) gegenüber dem Vorjahr	1972/1971	%	9,1	1.6	
10 Differenz des Zuwachses von Effektiv- und Tariflöhnen, -gehältern	4. Vj. 1972	%	1,7	3.1	
11 Tariflöhne geg. d. Vorjahr	Februar 1973	%	8,7	3.1	
12 Nettolohn- und -gehaltssumme					
a) insgesamt	1972/1971	%	9,1	3.3	
b) je Beschäftigtem	1972/1971	%	9,4	3.3	
13 Lebenshaltungskosten (alle Haushalte)					
a) Index (1962 = 100)	April 1972/April 1971	Pkt.	10,2	3.4	
14 Realeinkommenszuwachs	1972/1971	%	1,8	3.5	
15 Durchschnittl. Wochenarbeitszeit in der Industrie	Oktober 1972	Std.	43,2	3.6	
16 Eigenfinanzierungsmittel der privaten Unternehmen	1972	Mrd. DM	129	4.1	
17 Selbstfinanzierungsquote	1972	%	65	4.1	
18 Nettolohn-, -gehaltsquote	1972	%	38,9	4.1	

Statistische Begriffe und Abkürzungen

Index (z. B. Produktionsindex, Lebenshaltungsindex, Preisindex) = Maßziffer, die die relative Veränderung der Größe einer Erscheinung von einem Zeitraum (Basiszeitraum) zu einem anderen (Berichtszeitraum) ausdrückt. Beispiel: für den Produktionsindex wird als Basisjahr meist 1962 gesetzt. So ist dann der Produktionsumfang von 1962 = 100. In jedem folgenden Jahr wird der Produktionsumfang zu dem von 1962 in Beziehung gesetzt. So ergibt sich 1968 = 131,2, für 1969 = 147,6. Die Produktion ist so 1968 gegenüber 1962 auf 132,2 %, und 1969 gegenüber 1962 auf 147,6 % gestiegen. Gegenüber 1968 ist die Produktion 1969 um

16,4 Indexpunkte gestiegen. Das ist nicht gleichzusetzen mit der prozentualen Steigerung. Diese beträgt im vorliegenden Fall 12,5 %, da bei Prozentangaben die jeweilige Vergleichszahl, meist die vorherige (hier 1968) = 100 gesetzt wird.
 Tsd. = Tausend; Mio. = Millionen; v. H. = von Hundert (auch %); Hj. = Halbjahr; Vj. = Vierteljahr; mtl. = monatlich; D = Durchschnitt; BSP = Bruttosozialprodukt; NSP = Nettosozialprodukt.
 Zeichen in Tabellen: steht anstatt einer Zahl "—", bedeutet das: die Zahl ist gleich 0 oder fällt nicht ins Gewicht; steht anstatt der Zahl "...", bedeutet das: die entsprechende Zahl ist noch nicht ermittelt.